

Amt für Finanzen und Wohnungsbauförderung

Sitzungsdrucksache Nr. 256/2005
-öffentliche Sitzung-**B e r i c h t****TOP: Berichtswesen: Entwicklung der Haushaltswirtschaft****Vorgesehene Beratungsfolge:**Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und
Finanzentwicklung**Termine:**

21.10.2005

Bericht:Erwähnenswerte Abweichungen:

- Die Gewerbesteuer ist weiterhin nicht einschätzbar. Zur Zeit fehlen 4,2 Mio. € bis zum Ansatz. Außerdem ergeben sich verfahrensmäßig ab Dezember keine Zugänge mehr, sondern nur noch Abgänge.
- Auch der Anteil an der Einkommensteuer ist nicht zuverlässig einschätzbar. Für 2005 ist voraussichtlich mit einer Mindereinnahme von 1,1 Mio. € zu rechnen.
- Für die Kreisumlage mussten 632.000 € zusätzlich bereitgestellt werden (Erhöhung der Landschaftsumlage, Entwicklung Hartz IV).
- Die Personalausgaben wurden bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes um 1,3 Mio. € reduziert mit dem (aus heutiger Sicht recht ehrgeizigen) Ziel, diesen Betrag im Laufe des Jahres einzusparen (siehe auch Vorbericht Seite –V 25-). Dieses Ziel lässt sich in der geplanten Höhe nicht erreichen. Insofern ist mit einer erheblichen überplanmäßigen Ausgabe (ca. 1 Mio. €) zu rechnen. Diese Mehrausgabe lässt sich größtenteils durch die im Rahmen der Haushaltssperre eingesparten Mittel decken.

- Die Haushaltssperre erfasst ein Ansatzvolumen von rd. 4,4 Mio. € mit 20 % = 880.000 €. Außer im Bereich des Jugendamts (höhere Fallzahlen im Fall der Unterbringung von Jugendlichen, zusätzliche Zuschüsse für kirchliche Kindertagesstätten) ist damit zu rechnen, dass die erwarteten Einsparungen mit der Sperre erzielt werden.
- Für den Rathausumbau wurden zusätzlich 1,3 € bewilligt.

Die verfügbaren Rücklagemittel sind mit der Planung für 2006 aufgebraucht.

Abschließend ist für 2005 festzustellen, dass der Planfehlbedarf von 3,5 Mio. € allein schon durch die Entwicklung bei der Gewerbesteuer erheblich überschritten werden könnte, womit das Haushaltsjahr 2006 zusätzlich belastet würde (Abdeckung des Fehlbetrages).

Die Voranmeldungen der Ämter sowie die Einschätzung der Kämmerei zum Haushalt 2006 haben ungleich höhere Defizite erbracht, als dies bei den Anmeldungen in Vorjahren der Fall war. Dies gilt sowohl für den Verwaltungs- als auch für den Vermögenshaushalt. Insbesondere die Zahlen zum Finanzausgleich basieren aber auf eigenen Einschätzungen, da Probeberechnungen und Orientierungsdaten in diesem Jahr nicht mehr zu erwarten sind. Insoweit sind die Zahlen vorläufig. Allerdings ist jetzt schon zu erkennen, dass der Haushaltsausgleich ungleich schwieriger wird, als dies in früheren Jahren der Fall war.

Lüdenscheid, den .10.2005

In Vertretung:

Blasweiler
Stadtkämmerer